Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 8. | Dresden, Dienstag den 12. Januar 1909. | 20. Jahrg.

Der deutsch-schweizerische Mehlstreit.

Der sogenannte Mehlkonflikt zwischen Deutschland und der Schweiz, der nun auch noch zu einem Boykott der deutschen Waren in der Schweiz führen wird, lenkt von neuem die Aufmerksamkeit auf einen Zustand, der besonders in der jetzigen Zeit der teueren Lebensmittelpreise zum Protest des deutschen Volkes herausfordert. Denn die Ursachen des Streites sind die Ausfuhrprämien, die Deutschland beim Export von Getreide und Mehl gewährt und die es besonders den großen Mühlenbetrieben Deutschlands ermöglichen, das Mehl nach dem Auslande wesentlich billiger zu verkaufen als in Deutschland selbst, billiger sogar als es die ausländischen Müller, die keinen Getreidezoll zu entrichten haben, liefern können, und doch noch ein glänzendes Geschäft dabei machen. Durch den Export von Mehl wird das Mehlangebot in Deutschland auch verringert, der Preis damit erhöht und die Mühlenbesitzer machen ein doppeltes Geschäft.

Durch die größeren Vergünstigungen, die die deutschen Müller in den letzten Jahren erhalten haben, konnten diese den Export wesentlich steigern, und die Folge davon ist, daß die schweizerischen Müller vor dem Untergange stehen, weil sie der Konkurrenz aus Deutschland nicht standhalten können. Die diplomatischen Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz wegen dieses Zustandes haben bisher zu keiner Einigung geführt. Die Schweiz will, wenn Deutschland die Exportprämie nicht beseitigt, nach Artikel 7 des Schweizer Zollgesetzes einen Zuschlag auf deutsches Mehl erheben. Dagegen protestiert die deutsche Regierung, sie bestreitet sogar, daß sie eine Exportprämie gewähre und sie verlangt, daß ein Schiedsgericht die Mehlfrage und darüber entscheide, ob die Schweiz berechtigt sei, vom Artikel 7 des Schweizer Zollgesetzes Gebrauch zu machen. Mittlerweile haben aber nun die schweizerischen Müller beschlossen, über deutsches Getreide und deutsche Mehlprodukte den Boykott zu verhängen, und wenn der Getreideboykott unwirksam bleiben sollte, den Boykott auch auf andere Artikel auszudehnen. Der Boykott scheint sich ja immer mehr als ein Kampfesmittel bei internationalen Differenzen einzuführen und besonders von den Kapitalisten als Waffe benutzt zu werden. Ein Boykott der deutschen Waren in der Schweiz könnte der deutschen Industrie auch einen bedeutenden Schaden zufügen, denn unser Export nach der Schweiz hatte im Jahre 1907 den Wert von 446,4 Millionen Mark, während sich der Import aus der Schweiz nur auf 210,8 Millionen Mark belief. Indes ist gar nicht daran zu denken, daß der Boykott überhaupt in Wirksamkeit treten wird. Die Schweizer Bevölkerung profitiert ja durch den derzeitigen Zustand! Denn obwohl die Schweiz nur einen Weizenzoll von 30 Rappen (24 Pf.) pro Doppelzentner hat, der sich im Preise der Waren gar nicht bemerkbar macht, obwohl also Mehl und Brot in der Schweiz an und für sich schon billig sind, erhalten die Konsumenten infolge der Einfuhr billigen Weizenmehls aus Deutschland das Brot noch billiger als es so schon ist. Einen Getreidebau hat aber die Schweiz auch nicht, die Bauern sind also auch am billigen Mehl interessiert, das Futtermehl ist dazu noch ganz zollfrei, während auf Weizenmehl ein Zoll von 2,50 Frank ruht, und die gesamten Kosten des derzeitigen Zustandes hat, neben den schweizerischen Müllern, nur das deutsche Volk zu tragen!

An dem deutsch-schweizerischen Mehlstreit ist in der Tat die konsumierende Bevölkerung in Deutschland der am meisten interessierte und geschädigte Teil. Geschädigt durch die Ausfuhrprämie auf Mehl, die nicht nur die schweizerischen Müller zugrunde richtet, sondern auch das Mehl und das Brot in Deutschland verteuert. Diese Exportprämie kommt folgendermaßen zustande. Angeblich zahlt die deutsche Regierung bei Ausfuhr von Getreide den Zoll zurück, der bei der Einfuhr entrichtet worden ist, damit vor allem die Mühlenbesitzer das Getreide zollfrei einführen können, das sie nur verarbeiten und dann wieder auf dem ausländischen Markt absetzen wollen. Da aber 100 Doppelzentner Getreide nicht auch 100 Doppelzentner Mehl geben, wird das Verhältnis der Ausbeute berechnet und danach die Rückvergütung des Zolles festgesetzt. Nach der Einfuhrscheinordnung, die seit 1. März 1906 in Kraft ist, werden in Rechnung gestellt bei der Ausfuhr von 100 Kilogramm:

Weizenmehl	der	1.	Klasse	160 kg	Weizen
„	„	2.	„	117,50 kg	„
„	„	3.	„	100 kg	„
„	„	4.	„	135,71 kg	„
„	„	5.	„	133,33 kg	„

Nun behaupten die Schweizer Müller — und dies wird wohl auch zutreffend sein —, daß die Ausbeute erstens einmal eine größere sei, zweitens aber die Berechnung in einer Weise erfolge, daß die deutschen Müller bei der Ausfuhr von Mehl mehr zurückvergütet bekommen, als der Zoll ausmachte. Den deutschen Müllern verbleibt ja auch noch die Futterkleie, die sie nun in Deutschland mit durch die Getreidezölle erhöhtem Preise verkaufen können, obwohl sie den Zoll durch die Ausfuhr des Mehles bereits zurückerhalten haben. Die deutsche Regierung behauptet zwar ständig, eine Exportprämie werde nicht gewährt, und im Sommer letzten Jahres ließ die deutsche Regierung noch der schweizerischen wissen: „Eine Prämiengewährung findet nicht statt, woran auch die immer wieder aufgestellten, aber durch nichts erwiesenen gegenteiligen Behauptungen nichts zu ändern vermögen.“ Aber ohne solche versteckte Prämien könnten die großen Rheinmühlen das Mehl nicht billiger nach der Schweiz liefern, als es die Schweizer Müller herstellen können, zumal sie ja auch noch einen Mehlzoll von 2,50 Frank an die Schweiz zahlen müssen. Nach einer Denkschrift des Verbandes schweizerischer Müller kostete im Dezember 1906 in Mannheim:

	Für Inlandskonsum pro 100 kg	Nettopreis für den Export pro 100 kg
Mehl Nr. 0	M. 26,35	M. 17,55
„ „ 1	„ 24,85	„ 18,39
„ „ 2	„ 23,85	„ 17,39
„ „ 3	„ 22,85	„ 16,39
„ „ 4	„ 20,85	„ 14,39
„ „ 5	„ 17—17¼	„ 11,50

Die Differenz zwischen dem Inlandspreis und dem Export betrug also beim Mehl Nr. 0 8,80 M., bei den übrigen Sorten 6,46 M. oder 2,34 M. weniger. Die Mehlausfuhr aus Deutschland nach der Schweiz ist infolge dieses Verhältnisses in den letzten Jahren ganz gewaltig gestiegen. Im Jahre 1902 wurden nur 45 689 Meterzentner Mehl aus Deutschland in die Schweiz eingeführt, im Jahre 1907 aber bereits 241 250 Meterzentner und in den ersten acht Monaten des Jahres 1908 schon 295 916 Meterzentner. Das ist aber erst der Anfang einer Entwicklung, und die deutschen Großmühlen werden in nicht langer Zeit den ganzen Mehlbedarf in der Schweiz decken!

In den Verhandlungen zwischen den beiden Ländern hat die Schweizer Regierung verlangt, daß die deutsche Regierung eine andere Berechnung bei der Rückvergütung aufstellen soll, so daß eine versteckte Prämie nicht mehr in Betracht kommen könne. Die deutsche Regierung lehnt diese Forderung ab, da sie, wie bemerkt, sich auf den Standpunkt stellt, daß von einer Ausfuhrprämie nicht die Rede sein könne. Die Schweizer Regierung will nun mit einer Mehlzollerhöhung antworten, und es ist nicht ausgeschlossen, daß noch ein folgenschwerer Zollkonflikt aus der Sache entsteht. Abgesehen davon, daß hierunter auch das arbeitende Volk in Deutschland am meisten zu leiden haben würde, ist es in der ganzen Angelegenheit überhaupt derjenige Teil, der hierbei am meisten oder allein gerupft wird. Der Mehlstreit mit der Schweiz ist nicht nur eine Folge der Getreidezölle, sondern auch des Mehlwuchers, der durch die Exportprämien und den dadurch veranlaßten Mehlexport ermöglicht wird und zur abermaligen Verteuerung des Mehles und des Brotes führt. Aus diesen Gründen vor allem muß das deutsche Volk verlangen, daß die Zustände beseitigt, die Exportprämien, wie überhaupt die Rückvergütungen des Zolles auf Getreide und Mehl aufgehoben werden, die den Mehlkonflikt hervorgerufen haben, aber auch ein Mittel sind zur Bewucherung der deutschen Konsumenten durch die Agrarier und die Großmüller!

Die Kaiser-Affäre.

Die offiziöse Presse, die anfangs lange schwieg, wandelt sich jetzt zum Vulkan, der Dementis speit. Der Erklärung des Reichsanzeigers folgt jetzt eine neue Erklärung in der Nordd. Allgem. Zeitung, in der gegen das Berliner Tageblatt „festgestellt“ wird, „daß Seine Majestät der Kaiser in der Besprechung mit den Generalen die Vorgänge nach dem Erscheinen des Daily Telegraph-Artikels mit keinem Wort berührt hat“.

Es bleibt abzuwarten, was das Berliner Tageblatt auf diese offiziöse Feststellung antworten wird. Daß der vom Kaiser verlesene Artikel des Grafen Schlieffen sich mit jenen Vorgängen befaßt, läßt sich allerdings nicht leugnen, und darum wird der Versuch unternommen, die Sache so darzustellen, als ob der Kaiser die politischen Ausführungen jenes Artikels überhaupt nicht vorgelesen und auf keine Weise sein Einverständnis mit ihnen zu erkennen gegeben habe. Dadurch würde es aber nur noch rätselhafter werden, was eigentlich den Kaiser bewogen hat, den Generalen seitenlange Vorlesungen aus der Deutschen Revue zu halten. Soweit man sieht, hat noch kein Fachmann den Versuch gemacht, die militärischen Ausführungen des Artikels als etwas irgendwie Be-

Christliche Gewerkschaftsbewegung.*

Ist schon der Gedanke der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die katholischen und evangelischen Arbeiter zur Verfechtung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu sammeln, als mißglückt zu betrachten, so ist das noch viel mehr der Fall mit der christlichnationalen Arbeiterbewegung, die bestimmt ist, alles, was nicht sozialistisch gesinnt ist in der deutschen Arbeiterschaft, zu vereinigen. In der christlichen Gewerkschaftsbewegung reichen die religiösen und politischen Gegensätze hin, um die evangelischen Arbeiter von den Organisationen fernzuhalten, die im wesentlichen heute noch sind was sie bei ihrem Entstehen, also vor nun bald anderthalb Jahrzehnten, waren: Vereinigungen katholischer Arbeiter zur Förderung der Zentrumspolitik. Die evangelischen Arbeiter haben sich, abgesehen von den Christlichsozialen, die am ultramontanen Feuerchen ihr mageres Süppchen kochen, im allgemeinen von den christlichen Gewerkschaften ferngehalten, die konfessionellen und politischen Gegensätze haben sich nicht überwinden lassen. Sie werden es noch viel weniger bei einem Unternehmen, wo diese Gegensätze so zahlreich und so gewichtig sind wie bei den Organisationen, die sich zur christlichnationalen Arbeiterbewegung zählen. Sie mögen es fertig bringen, alle drei oder vier Jahre einen Kongreß abzuhalten, wo sie bei reklamehaftem Aufputz die wohlfeilen Gunstversicherungen der Regierungs- und Parteivertreter empfangen, um mit der Beteuerung ihrer guten vaterländischen und christlichen Gesinnung zu danken, wo sie gutgemeinte, der Diskussion längst entzogene Forderungen stellen, um beim nächsten Kongreß ihr „Befremden“ auszudrücken, daß keiner ihrer Wünsche Berücksichtigung gefunden hat. Das ist ein harmloses Treiben, dem Minister und Parteivertreter gelassen zuschauen, dem sie auch einige wohlwollende Worte spenden, weil sie wissen, daß hinter dem Treiben keine geschlossene, kraftvolle Macht steht, die den Mut und die Fähigkeit hat, ihren Wünschen auch Geltung zu verschaffen.

Als die christlichnationale Arbeiterbewegung aufkam, da gedachte man durch sie die christliche Arbeiterbewegung nicht nur zu festigen, sondern auch zu erweitern. Die christlichen Organisationen sollten einander näher geführt, sie sollten zugleich gestärkt werden durch diejenigen Organisationen, die, ohne sich gerade christlich zu nennen, doch den christlichen Grundsätzen nicht widerstreben und mit den christlichen Organisationen wenigstens die nationale Gesinnung gemein haben. Damals war man sich über den Begriff „national“ wenn auch nicht klar, so doch einig. Das Zentrum als treueste Regierungsstütze war „national“, und die anderen bürgerlichen Parteien, auf deren Gunst man rechnete, waren es auch. Unterdes kam im Dezember 1906 die Auflösung des Reichstags. Bülows Wahlparole schied die Parteien in „nationale“ und „antinationale“; das Zentrum, das durch die christlichen Gewerkschaften und die katholischen Arbeitervereine bei der christlichnationalen Arbeiterbewegung am meisten beteiligt war, wurde zu den „antinationalen“ Parteien geworfen, und es kam zu der wunderlichen Erscheinung, daß einer Partei, die die Hauptstütze einer christlichnationalen Bewegung war, das Recht abgestritten wurde, sich national zu nennen — und zwar auch von den Teilhabern dieser christlichnationalen Bewegung. Der Wahlkampf sah Evangelische wider Katholische um die „nationale“ Ehre, wie sie jeder verstand, in heftigem Streite liegen, was allerdings nicht hinderte, daß die feindlichen Brüder sich bald darauf wieder „christlichnational“ auf dem zweiten deutschen Arbeiterkongreß zusammenfanden, um Christentum und Nationalität wider den „Umsturz“ zu verteidigen.

Walten schon über den Begriff des Christlichen in seiner Anwendung auf die Arbeiterbewegung die verschiedensten und wunderlichsten Ansichten, so erst recht über den Begriff des „Nationalen“, der sich mit jeder politischen Lage ändern kann. Was sich christlichnationale Arbeiterbewegung nennt, wird deshalb auch vergebens versuchen, seinen Grundsätzen und Forderungen programmatischen Ausdruck zu geben; die Organisationen, die sich hier zusammenfinden, haben keinen gemeinsamen Boden, außer dem einen, daß sie nicht sozialdemokratisch sind — wobei noch in Betracht zu ziehen ist, daß sie bezüglich der Frage, auf die es wesentlich ankommt: bezüglich der praktischen Stellung zur Sozialdemokratie in politischen und wirtschaftlichen Dingen, merklich voneinander abweichen.

Die christlichnationale Arbeiterbewegung strebt dahin, durch größere Anteilnahme der „christlich und national denkenden Arbeiterschaft“ am politischen Leben die bürgerlichen Parteien zu sozialpolitischem Fortschritt anzutreiben, namentlich aber auch dem „Arbeiterstand“ dadurch die Gleichberechtigung zu verschaffen, daß seine Vertreter Eingang in die Fraktionen der bürgerlichen Parteien finden. Damit hat es nun nach den bisherigen Erfahrungen seine gute Weile. Die bürgerlichen Parteien zeigen sich durchaus nicht geneigt, ihre parlamentarische Macht mit den Arbeitern zu teilen, auch wenn diese so gut erzogen sind wie die christlichen. Die bürgerlichen Parteien zeigen sich weder geneigt, den christlichnationalen Arbeitern den gewünschten Anteil am parlamentarisch politischen Leben zu gewähren, noch sind die christlichnationalen Arbeiter die Leute, sich die in Resolutionen, Reden und Zeitungsartikeln so laut geforderte Gleichberechtigung zu erzwingen. Und was würde geschehen, wenn ihr Verlangen erfüllt würde, ihre Vertreter in sämtliche bürgerliche Parteien hineinzubringen? Man denke sich in einer Zeit der ausgesprochenen und sich immer verschärfenden Klassen- und Interessengegensätze: ultramontane, konservative, christlichsoziale, nationalliberale, freisinnige Fraktionsmitglieder als Vertreter der christlichnationalen Arbeiterschaft! Wie viele Fragen, die für die Arbeiter Interesse haben, mag es geben, in denen sich unter dieser gemischten Gesellschaft Uebereinstimmung finden läßt? Und wo gibt es Fragen, die reine Arbeiterfragen, und wo solche, die rein politischer Natur sind, wo also sich der Arbeitervertreter von dem Parteivertreter trennen ließe?

Je mehr die christlichnationale Arbeiterbewegung sich dem von ihren Machern gesetzten Ziele nähert: Zusammenschluß aller nichtsozialdemokratischen Arbeiter und Anerkennung der Bewegung durch die bürgerlichen Parteien — desto sicherer und näher ihr völliger Bankrott nicht nur in ihrer Gesamtheit, sondern auch in ihren einzelnen Organisationen. Der antisozialistische Arbeiterblock, der nach Herrn Ziegenbat Mumms weitsichtigen Plänen den antisozialistischen Parteiblock vorbereiten soll, würde auch den Organisationen auf christlicher Seite, die wie die christlichen Gewerkschaften noch einiges einzusetzen haben, den Rest von Ansehen und Vertrauen nehmen, den sie bei einem Teil der Arbeiterschaft noch genießen. Dazu ist das Klassenbewußtsein auch der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft heute schon zu weit gediehen — wie das Verhalten der katholischen Arbeiter im Ruhrrevier bei den Reichstagswahlen zeigt, die aller „christlichen“ und „nationalen“ Gesinnung ungeachtet in der Stichwahl, wenn der Zentrumskandidat ausgefallen ist, zum guten Teil dem Sozialdemokraten und nicht dem nationalliberalen Scharfmacher ihre Stimme geben.

Niemand wird behaupten wollen, daß die Parteien, die dem durch die Reichstagsauflösung vom 16. Dezember 1906 geschaffenen Block angehören, verstanden hätten, ihr Ansehen bei den Arbeitern zu erhöhen, im Gegenteil: die Stimmung der Arbeiterschaft der Blockpolitik im allgemeinen wie den an ihr beteiligten Parteien gegenüber ist so unfreundlich wie nur denkbar. Würde die Sache anders sein, wenn der Ring des Blockes geschlossen und die Paarung vollkommen wäre dadurch, daß das Zentrum in den Bund eintrat? Nein, das Zentrum würde der vorteilhaften Lage, die es sich durch seine Oppositionsstellung bei den katholischen Arbeitern wieder ge-

* Schlußbetrachtung des Genossen Dr. August Erdmann in seinem umfangreichen Werke: Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland. Stuttgart. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090112/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG